

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky und Vanessa Behrendt (AfD)

Antwort des Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Polygamie und Kinderehen in Niedersachsen

Anfrage der Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky und Vanessa Behrendt (AfD),
eingegangen am 11.06.2023 - Drs. 19/1559

an die Staatskanzlei übersandt am 12.06.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung
vom 12.07.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

Wenngleich die Schließung von Doppel- oder Mehrfachehen in Deutschland verboten ist, nimmt die Zahl der Vielehen kontinuierlich zu¹. Polygame Ehen gibt es in Deutschland nicht erst seitdem vermehrt Flüchtlinge nach Deutschland einreisen. Es liegt Beobachtern zufolge jedoch nahe, dass eine Korrelation zwischen beiden Aspekten besteht². In vielen Ländern dieser Welt, insbesondere in Afrika und dem Nahen Osten, ist Polygamie erlaubt. Aus Sicht der Vereinten Nationen stellt Polygamie eindeutig eine Verletzung der Menschenrechte der Frau dar und sollte aufgrund vielfältiger negativer Auswirkungen verboten werden.

Mit der steigenden Zuwanderung nach Deutschland geht auch die Problematik der Kinderehe einher. Minderjährige Mädchen werden bereits in ihrem Heimatland verheiratet, bevor sie mit ihrem volljährigen Ehemann die Flucht nach Europa antreten. In den meisten Fällen handelt es sich um eine kulturelle Entscheidung der Familien und nicht um eine freiwillige Lebensentscheidung der Betroffenen. Viele Mädchen leiden unter der Gewalt ihrer Ehemänner und haben wegen Schulabbruchs keine Bildungs- und Berufsperspektiven. Täglich sterben 60 Mädchen weltweit an den Folgen von Frühverheiratung³.

1. Wie viele Migranten oder Asylsuchende, die nach ausländischem Recht mit mehreren Ehegatten verheiratet sind, leben in Niedersachsen (bitte für den Zeitraum 2015 bis einschließlich 2022 nach Landkreisen, kreisfreien Städten inklusive Landeshauptstadt Hannover, Nationalitäten und Alter der Beteiligten aufschlüsseln)?

Die den Ländern zur Verfügung stehenden monatlichen statistischen Auswertungen des bundesweiten Ausländerzentralregisters bilden den Bestand an Aufenthaltstiteln, Duldungen, Aufenthaltsge-
stattungen und sonstigen aufenthaltsrechtlichen Status ab. Vor diesem Hintergrund können keine Angaben im Sinne der Fragestellung gemacht werden.

¹ <https://www.frauenrechte.de/images/downloads/allgemein/Positionspapier-Polygamie-Bundesrepublik-Deutschland.pdf>

² vgl. https://www.das-parlament.de/2017/32_33/themenausgaben/516326-516326

³ <https://www.savethechildren.de/news/toedliche-praxis-taeglich-sterben-60-maedchen-durch-die-folgen-von-fruehverheiratung/>

2. Wie viele Ehen wurden in Niedersachsen in den letzten zehn Jahren jeweils zwischen Personen mit ausländischen Staatsangehörigkeiten oder einer Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit und einer Person ohne ausländische Staatsangehörigkeit geschlossen (bitte nach einzelnen Landkreisen sowie kreisfreien Städten inklusive Landeshauptstadt Hannover auflisten)?

Auf die **anliegende Tabelle** „Eheschließungsstatistik - Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022“ wird verwiesen.

Hinweis:

Die Tabelle beinhaltet die Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit (Deutsche, Ausländer) in den Jahren 2013 bis 2022. In der Tabelle sind auch die Eheschließungen mit zwei deutschen Eheschließenden enthalten. Ab dem Berichtsjahr 2018 erfolgte zur Verhinderung unzulässiger Rückschlüsse auf einzelne Personen oder Sachverhalte eine veränderte Methodik der statistischen Geheimhaltung der Einzelfälle, weshalb ab diesem Jahr einige Zellen der Tabelle mit einem „•“ versehen sind.

3. Welche Angaben werden von den Flüchtlingen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Niedersachsen bezüglich des Familienstandes abgefragt, und werden männliche Flüchtlinge nach der Anzahl der Ehefrauen befragt?

Die für die Erstaufnahme von Geflüchteten zuständige Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) erfragt lediglich den Familienstand der aufgenommenen Personen. Detailliertere Informationen zum Familienstand werden nicht abgefragt.

Sollte die LAB NI davon Kenntnis erlangen, dass ein Asylsuchender mit mehreren Ehefrauen eingereist ist, wird auf die Rechtslage verwiesen und die Ausländerbehörde informiert.

4. Welche Religionsgemeinschaften führen nach Kenntnis der Landesregierung in Niedersachsen religiöse Eheschließungen durch, und wie viele solcher lediglich religiös geschlossenen Ehen gab es in den letzten zehn Jahren in Niedersachsen (bitte nach einzelnen Landkreisen sowie kreisfreien Städten inklusive Landeshauptstadt Hannover auflisten)?

Religiöse Handlungen, die darauf gerichtet sind, eine dauerhafte Bindung zweier Personen zu begründen, sind i. d. R. elementarer Bestandteil der Glaubensausübung in allen Religionsgemeinschaften und werden auch entsprechend in allen Religionsgemeinschaften in Niedersachsen vorgenommen. Eine rechtliche Wirkung ausschließlich religiös geschlossener Ehen besteht nicht.

In welchem Umfang religiöse Trauungen ohne eine vorausgegangene oder nachfolgende Eheschließung im Standesamt vorgenommen werden, ist nicht bekannt.

Eine Verpflichtung der Religionsgemeinschaften zur Meldung der von ihnen vorgenommenen religiösen Eheschließungen an staatliche Stellen besteht nicht.

5. Wie viele Kinderehen sind

a) nach dem am Heiratsort geltenden Zivilrecht geschlossen worden?

b) nach religiösem Recht geschlossen worden?

Bitte in der Antwort das jeweilige religiöse Recht und die jeweiligen Religionsgemeinschaften angeben.

Zu der vorstehenden Frage sind keine statistischen Daten vorhanden. Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

6. Wie viele minderjährige ausländische Personen mit dem Familienstand „verheiratet“ sind zum 30.04.2023 im Land Niedersachsen gemeldet (bitte jeweilige Staatsangehörigkeit angeben)?

Die statistischen Ergebnisse zum 30.04.2023 stehen noch nicht zur Verfügung.

Die Statistik weist zum 31.12.2022 elf minderjährige ausländische verheiratete Personen in Niedersachsen aus. Eine Auswertung gesondert nach der jeweiligen Staatsangehörigkeit kann nicht erfolgen, da im Rahmen der natürlichen Bevölkerungsbewegung die nach Landesrecht für die Führung der Personenstandsregister zuständigen Stellen den statistischen Ämtern der Länder lediglich die Daten zu Eheschließungen in Deutschland von volljährigen Personen mit den Merkmalen Staatsangehörigkeit und Tag der Geburt übermitteln.

7. Wie viele Kinderehen wurden in Niedersachsen in den letzten zehn Jahren annulliert (bitte nach einzelnen Landkreisen sowie kreisfreien Städten inklusive Landeshauptstadt Hannover auflisten und aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeiten, Geschlecht und Alter bei Eheschließung beider Ehepartner)?

Im Zuge einer Evaluation des im Jahr 2017 erlassenen Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen wurden für den Zeitraum von 2018 bis 2022 durch das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) Daten zu Verfahren auf Aufhebung der Ehe und auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe erhoben, an denen Personen beteiligt waren, die zum Zeitpunkt der Eheschließung minderjährig waren. Hierzu liegen folgende Informationen vor, die in der Frage zu Ziffer 7 angesprochen sind:

Berichtszeitraum	Verfahrensart	Alter Ehefrau bei Eheschließung	Alter Ehemann bei Eheschließung	Staatsangehörigkeit Ehefrau	Staatsangehörigkeit Ehemann
2018	Aufhebung der Ehe	16	25	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)
2018	Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe	14	27	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)
2019	Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe	21	15	deutsch	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)
2019	Aufhebung der Ehe	16	20	deutsch	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)
2020	Aufhebung der Ehe	16	23	polnisch	polnisch
2020	Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Ehe	15	22	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)	sonstige (einschließlich staatenlos und unbekannt)

Weitere Daten und Differenzierungen liegen hier nicht vor.

8. Vor dem Hintergrund, dass Polygamie in Deutschland nicht legal ist: Welchen Familienstand erhalten Zweit-, Dritt- oder Viertfrauen einer Mehrfachehe in Niedersachsen?

Im Melderegister erhalten alle Ehefrauen einer, für den deutschen Rechtsbereich wirksamen, Mehrehe den Familienstand „verheiratet“. Soweit es die Personenstandsregister betrifft, erfolgt eine Eintragung des Familienstandes lediglich im Sterberegister. Der Familienstand einer im Zeitpunkt ihres Todes in einer Mehrehe lebenden Verstorbenen ist mit „verheiratet“ anzugeben.

9. Wird nach Kenntnis der Landesregierung statistisch erfasst, wenn Kinder aus Zwangs- bzw. Kinderehen hervorgehen? Wenn ja, wie viele Kinder sind im Zeitraum 2015 bis einschließlich Dezember 2022 aus Zwangs- bzw. Kinderehen hervorgegangen (bitte nach den einzelnen Jahren und Familien aufschlüsseln)? Wenn nein, warum wird dies nicht erfasst?

Zu der vorstehenden Frage sind keine statistischen Daten vorhanden, da es keine gesetzliche Grundlage für die Erhebung dieser Daten gibt.

10. Wie werden die Sozialleistungen für Frauen und deren Kinder bei Mehrfachehen berechnet und eingeordnet?

Bei der Berechnung von Bürgergeld nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) und der Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) für Frauen und deren Kinder in Mehrfachehen nach religiösem Recht wird der „Ehemann“ nur berücksichtigt, wenn er tatsächlich mit der Frau in einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II bzw. einer Einsatzgemeinschaft nach dem SGB XII zusammen lebt. Die nicht im gleichen Haushalt lebende „Zweit- oder Drittfrau“ bildet sowohl im SGB II als auch im SGB XII regelmäßig keine Bedarfsgemeinschaft bzw. Einsatzgemeinschaft mit dem „Ehegatten“, sodass er bei der jeweiligen Leistungsberechnung unberücksichtigt bleibt. In diesen Fällen werden die Frauen als alleinstehend oder alleinerziehend im Sinne des SGB II eingeordnet. Die minderjährigen Kinder werden dem Haushalt zugeordnet, in dem sie dauerhaft leben.

11. Wie viele Anträge auf Eheschließungen von Minderjährigen wurden seit dem Jahr 2015 im Land Niedersachsen eingereicht, und wie viele davon wurden bewilligt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Landkreisen sowie kreisfreien Städten inklusive der Landeshauptstadt Hannover, bewilligt/abgelehnt und Nationalitäten)?

Eine Statistik zur Anzahl der Anträge auf Eheschließungen von minderjährigen Personen bzw. deren Bewilligungen und Ablehnungen wird nicht geführt, da es keine gesetzliche Grundlage für die Erhebung dieser Daten gibt.

Es kann lediglich mitgeteilt werden, dass in den Jahren 2015 bis 2017 in Niedersachsen unter Beteiligung von minderjährigen Personen Ehen geschlossen wurden. Auf die nachstehende Tabelle wird verwiesen. Das Alter dieser Minderjährigen Eheschließenden belief sich auf 16 bis 18 Jahre. Auf die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen am 22.07.2017 geltende Rechtslage wird hingewiesen (siehe Drs. 18/4791). Eine tiefergehende regionale Ausweisung und/oder eine Aufschlüsselung nach Nationalitäten ist aufgrund der statistischen Geheimhaltung nicht möglich. Seit 2018 wurden in Niedersachsen keine Ehen mit Beteiligung minderjähriger Personen geschlossen.

Eheschließungen minderjähriger Personen in Niedersachsen		
Jahr	Eheschließende	
	Deutsche	Ausländer
2015	8	5
2016	8	3
2017	4	2

12. Welche konkreten Maßnahmen zur Durchsetzung von Vermeidungs-, Strafverfolgungs- und Aufhebungsmaßnahmen sowie zur Hilfe für Betroffene von Zwangs- und Kinderehen existieren nach Kenntnis der Landesregierung seitens staatlicher Gerichte, Ämter und Institutionen?

Die LAB NI meldet Kinderehen den zuständigen Jugendämtern.

Bei konkreten Hinweisen auf eine Zwangsehe werden neben der Polizei auch Fachberatungsstellen wie beispielsweise kargah e. V. (Verein für interkulturelle Kommunikation, Flüchtlings- und Migrationsarbeit) oder Kobra e. V. (Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel) einbezogen.

Bei Minderjährigen, die unbegleitet verheiratet nach Deutschland eingereist sind (§ 42 a Abs. 1 SGB VIII), erfolgt die Unterbringung durch das zuständige Jugendamt, das die vorläufige Inobhutnahme der Landesverteilstelle beim Landesjugendamt mitteilt.

Der ureigenste Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe ist es, junge Menschen zu fördern, ihre Erziehungsberechtigten zu beraten und zu unterstützen sowie Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen (§ 1 SGB VIII).

Werden den sozialpädagogischen Fachkräften der Jugendämter Hinweise gegeben, denen eine nicht förderliche Versorgung, ein nicht angemessenes Erziehungsverhalten oder eine fehlende Förderung von Kindern und Jugendlichen zu entnehmen ist, so ist es ihre Aufgabe, die Eltern zu beraten und ihnen geeignete erzieherische Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII anzubieten.

Enthalten die gegebenen Hinweise gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen, so haben die Fachkräfte des Jugendamtes das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte nach der Verfahrensregel des § 8 a Abs. 1 SGB VIII einzuschätzen. Soweit Anzeichen oder Verdachtsmomente für ein etwaiges Vorliegen von Kinderehen oder Zwangsehen gegeben werden, könnte dieses ein gewichtiger Hinweis auf eine möglicherweise bestehende oder drohende Kindeswohlgefährdung sein. Dies ist im jeweiligen Einzelfall individuell durch das zuständige Jugendamt zu überprüfen.

Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht infrage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder die Jugendliche bzw. den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist, sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen. Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Erziehungsberechtigten anzubieten.

Hält das Jugendamt das Tätigwerden des Familiengerichts für erforderlich, so hat es das Gericht anzurufen (§ 8 a Abs. 2 SGB VIII). Diese Verpflichtung gilt auch dann, wenn die Erziehungsberechtigten nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken. Besteht eine dringende Gefahr und kann die Entscheidung des Gerichts nicht abgewartet werden, so ist das Jugendamt verpflichtet, das Kind oder die Jugendliche bzw. den Jugendlichen nach § 42 SGB VIII in Obhut zu nehmen, was auch für den Fall gilt, wenn das Kind oder die bzw. der Jugendliche um Inobhutnahme bittet.

Betroffene aus Niedersachsen können sich anonym an das Niedersächsische Krisentelefon GEGEN-Zwangsheirat (kargah e. V. in Hannover) wenden. Unter der kostenlosen Telefonnummer 0800-0667888 (E-Mail: zwangsheirat@kargah.de) erfolgt auf Wunsch eine persönliche und telefonische Erstberatung in verschiedenen Sprachen. Für den Fall, dass Hemmschwellen bestehen, kann die Beratung im Beisein einer Vertrauensperson erfolgen.

Daneben gibt es Auskünfte, wer regional qualifiziert bei Problemen beraten kann. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle unterliegen der Schweigepflicht. Neben den betroffenen Personen können sich (anonym) auch Lehrkräfte, Freunde und Bekannte aus deren Umfeld informieren.

Zu den Unterstützungsmöglichkeiten gehören die gemeinsame Auseinandersetzung mit der individuellen Situation, Entwicklung von Perspektiven und Lösungen, Zusammenarbeit mit Behörden und

Institutionen, Bestärkungsarbeit, psychosoziale Beratungsgespräche, Weitervermittlung an Beratungsangebote anderer Institutionen, Vermittlung von geeigneten und anonymen Wohnmöglichkeiten, wie z. B. Schutzeinrichtungen, die es eigens für diese Zielgruppe gibt.

Die Präventionsarbeit ist ein wesentlicher Baustein der Arbeit des Krisentelefon. Diese gestaltet sich z. B. in Form von Öffentlichkeitsarbeit, also flächendeckender Bereitstellung von Informationsmaterialien über Zwangsheirat (Flyer in unterschiedlichen Sprachen, Plakate und die Handlungsempfehlungen für Fachkräfte), Durchführung von Workshops und Fortbildungen, sowohl für Fachkräfte als auch für ehrenamtlich aktive Personen, die Zugang zur potenziellen Zielgruppe haben. Eine personelle Unterstützung erfolgt über das an das Krisentelefon angebundene Präventionsprojekt „Beratung und Hilfe für von ehrbezogener Gewalt und Zwangsheirat bedrohter und betroffener Paare“.

Bei der Einrichtung „Kriseninterventionsplatz Anonyme Wohngruppe und Schutzeinrichtung (Ada)“ gibt es eine anonyme Wohngruppe und Schutzeinrichtung für Mädchen und junge Frauen im Krisenfall.

Die Polizei Niedersachsen schöpft in Straf- und Gefahrenermittlungsverfahren alle erforderlichen und rechtlich zulässigen strafprozessualen und gefahrenabwehrenden Maßnahmen aus. Dies trifft auch auf Strafverfahren z. B. gem. §§ 176 ff. StGB (Sexueller Missbrauch von Kindern) und § 182 StGB (Sexueller Missbrauch von Jugendlichen) im Zusammenhang mit § 237 StGB (Zwangsheirat) zu. Spezifische, auf diesen Kontext zugeschnittene Maßnahmen der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr existieren nicht.

Zudem verweist die Polizei Opfer von Straftaten regelmäßig an Opferunterstützungs- und -hilfeeinrichtungen. In Niedersachsen gibt es 15 auf Gewalt gegen Mädchen spezialisierte Hilfeeinrichtungen, 46 Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch und 11 Opferhilfebüros, die eigenständig Hilfe anbieten und fachkompetent an weitere in Wohnortnähe des Opfers bestehende Unterstützungsangebote verweisen können.

Minderjährige Opfer von Straftaten haben das Recht, eine kostenfreie psychosoziale Prozessbegleitung über den gesamten Zeitraum des Strafverfahrens und bei Bedarf auch darüber hinaus zu erhalten. Die Polizeibehörden wurden über dieses Instrument und zu Angeboten für Dienstunterrichte und Informationsveranstaltungen zu psychosozialer Prozessbegleitung informiert. Nach Rücksprache mit der „Koordinierungsstelle für psychosoziale Prozessbegleitung“ im Justizministerium Anfang Mai 2023 wird dieses Angebot von den Polizeidienststellen nachgefragt und entsprechendes, umfangreiches Informationsmaterial (Flyer, Broschüren) abgerufen und anlassbezogen ausgegeben.

Da die Polizei häufig erste Ansprechpartnerin und der erste Kontakt in Strafverfahren ist, wurde dadurch die Möglichkeit geschaffen, dass Minderjährige, die Opfer von Zwangsverheiratung wurden, so zeitnah wie möglich Zugang zum professionellen Hilfe- und Unterstützungssystem erhalten.

Die strafprozessualen Ermittlungsinstrumente in der StPO gelten abstrakt-generell und finden grundsätzliche Anwendung, soweit die jeweiligen tatbestandlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Strafgerichte und Ermittlungsrichter sind hierbei im Rahmen des Erlasses entsprechender Beschlüsse bei Eingriffsmaßnahmen, die unter Richtervorbehalt stehen, sowie im Rahmen etwaiger Beschwerdeverfahren beteiligt. Über diesen Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen bedarf es in strafprozessualer Hinsicht keiner weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung der Strafverfolgungsmaßnahmen.

Darüber hinaus treffen sich die verschiedenen mit dem Thema Kinderehen/Zwangsheirat beschäftigten Ressorts in Niedersachsen, u. a. Staatskanzlei, Innen-, Kultus-, Justiz- und Sozialministerium, regelmäßig im Rahmen der „AG Handlungskonzept „Zwangsheirat ächten - Zwangsehen verhindern“, um sich gemeinsam mit aktuellen Sachverhalten und Maßnahmen zur Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit auseinanderzusetzen.

Vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie vom Justizministerium und von Mitarbeiterinnen von kargah e. V. wurde die Handlungsempfehlung „Verhinderung von Zwangsehen“ herausgegeben, die sich an Fachleute richtet, die im beruflichen Kontext mit drohender Zwangsverheiratung bzw. Zwangsehe und Kinderehen zu tun haben. Ziel ist es, den Umgang mit dieser sensiblen Materie und den davon betroffenen Menschen zu erleichtern und zu einer Entlastung durch die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden - wie Jugendämtern, Familiengerichten, aber auch Schulen, Sozial- und Ausländerbehörden - beizutragen.

Betroffene können in Niedersachsen bei verschiedenen Stellen Hilfe erhalten:

Um dem Grundgedanken der EU-Opferschutzrichtlinie aus dem Jahr 2012 (RL 2012/29/EU) Rechnung zu tragen, hat die Landesregierung im September 2012 die Niedersächsische Opferschutzkonzeption beschlossen.

Mit der ressortübergreifenden Koordination und Umsetzung dieser Konzeption ist die Fachstelle Opferschutz im Landespräventionsrat Niedersachsen beim Niedersächsischen Justizministerium (LPR) beauftragt worden.

Fachstelle Opferschutz

Die dem LPR zugehörige Fachstelle Opferschutz hat das Ziel, die im europäischen Recht verankerten Opferrechte umzusetzen und für alle Betroffenen von Straftaten und deren Angehörige einen „Zugang zum Recht“ zu schaffen. Zu diesem Zweck hat die Fachstelle Opferschutz die landeseinheitliche, mehrsprachige Internetpräsenz www.opferschutz-niedersachsen.de eingerichtet. Auf dieser Website können Geschädigte, deren Angehörige und betroffene Dritte Informationen über die Rechte von Betroffenen und über lokale Hilfsangebote in Niedersachsen erhalten.

Stiftung Opferhilfe Niedersachsen:

Die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen unterhält in Niedersachsen an den Landgerichtsstandorten elf Opferhilfebüros sowie eine Zweigstelle in Lingen, in denen speziell qualifizierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beratend tätig sind. Die regionalen Opferhilfebüros bieten psychosoziale Beratung und Begleitung an, indem sie u. a. Opferzeuginnen und -zeugen zu Strafprozessterminen begleiten, Krisenintervention leisten, Schutzmaßnahmen treffen und bei Bedarf weitergehende Hilfen, wie beispielsweise Traumaberatungen, vermitteln. Die Gespräche sind vertraulich und können auf Wunsch auch anonym in Anspruch genommen werden. Eine Onlineberatung wird ebenfalls angeboten. Bei den Opferhilfebüros können auch finanzielle Hilfen außerhalb der gesetzlichen Leistungen und über die Hilfe anderer Opferhilfeeinrichtungen hinaus beantragt werden. Ein Rechtsanspruch besteht insoweit nicht.

Die Stiftung Opferhilfe bietet auch psychosoziale Prozessbegleitung an. Die Informationen zum Hilfsangebot sind in insgesamt zehn Sprachen auf der Internetseite <https://www.opferhilfe.niedersachsen.de/> abrufbar.

Psychosoziale Prozessbegleitung:

Ein spezielles Hilfsangebot für besonders schutzbedürftige Opfer von Straftaten bildet die psychosoziale Prozessbegleitung. Im Land Niedersachsen wird dieses Angebot über den bundesgesetzlichen Anspruch in der Strafprozessordnung hinaus für alle Opfer von Straftaten, unabhängig von Delikt und Alter, kostenfrei und auf der Grundlage landesweiter Qualitätsstandards vorgehalten.

Informationen zum Hilfsangebot sowie zu Anlaufstellen vor Ort können auf dem Justizportal Niedersachsen unter www.justizportal.niedersachsen.de/Prozessbegleitung in zwölf Sprachen sowie in Leichter Sprache abgerufen werden. Auf einer Unterseite finden sich spezielle Informationen für Kinder. Eine Koordinierende Stelle im Justizministerium unterstützt bei Bedarf bei der Vermittlung an eine geeignete Stelle vor Ort.

Der Landesbeauftragte für Opferschutz ist seit November 2019 zentraler Ansprechpartner für Betroffene jedweder Kriminalität. Bei seiner Geschäftsstelle, ansässig im Niedersächsischen Justizministerium, erhalten Ratsuchende nach einem Clearing der Bedarfslage Informationen zu Opferunterstützungsangeboten; ihnen werden geeignete und wohnortnahe Hilfestellen vermittelt. Die Geschäftsstelle ist telefonisch, postalisch und per E-Mail erreichbar. Das zentrale Unterstützungsangebot des Opferschutzbeauftragten können auch Betroffene von Zwangs- bzw. Kinderehen in Anspruch nehmen.

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Kinder- und Zwangsehen sowie zum Schutz betroffener Mädchen und Jungen:

Mit HPE 2022/2023 (sogenannte „Politische Liste“) wurden dem LPR zusätzliche Mittel (200 000 Euro p. a.) für das Projekt „Vermeidung von Kinder- und Zwangsehen“ zur Verfügung gestellt. Mit den Haushaltsmitteln werden derzeit sechs Projekte zur Prävention von Früh- bzw.

Zwangsehen sowie zur niedrigschwelligen Unterstützung und zur Beratung und zum Schutz betroffener Kinder und Jugendlicher gefördert. Der LPR hat hierfür Ende 2022 eine Förderrichtlinie aufgelegt. Zum Gegenstand der Förderung gehören z. B. Projekte zur wissenschaftlichen Erforschung des Dunkelfelds, zur Stärkung des Fachwissens und der Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren im Themenfeld sowie Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen bzw. zur Stärkung potenziell Betroffener.

Folgende sechs Projekte werden gefördert:

- Projekt „Amandla“ - Baobab-zusammensein e. V.
(Communitygerechte und nachhaltige Präventionsarbeit);
- Projekt „Mein Leben, meine Entscheidung“ - kargah e. V.
(Prävention/Sensibilisierung von pädagogischen Fachkräften und teilnehmenden Schülerinnen*);
- Projekt „Gemeinsam stärker“ - Mädchenhaus zwei13 e. V.
(Beratungs-, Begleitungs- und Sensibilisierungsangebot für Mädchen und Frauen bis 21 Jahre, Vermittlung in die Jugendhilfe);
- Projekt „Titel noch offen“ - AWO-Kreisverband Region Harz e. V.
(Multiplikator für andere soziale Einrichtungen; Unterstützung vorhandener Institutionen);
- Projekt „Informationsmaterial zum Thema Zwangsheirat“ - Ev. Jugendhilfe Haus Neuer Kamp e. V.
(Vernetzung von Kooperationspartnern);
- Projekt „Mädchen*stark“ - Mädchenhaus Hannover e. V.
(niederschwelliges Beratungs-, Unterstützungs- und Empowermentangebot).

13. Werden zu diesen Maßnahmen statistische Erhebungen geführt? Falls ja, in wie vielen Fällen kamen die unter Frage 11 genannten Maßnahmen jeweils in den Jahren 2015 bis einschließlich Dezember 2022 zur Anwendung?

Statistische Erhebungen hierzu werden von der LAB NI nicht durchgeführt.

Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe liegen dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung keine Erkenntnisse vor. Kinder- oder Zwangsehen sind kein Erhebungsmerkmal im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 99 SGB VIII.

Die Anzahl der beratenen Betroffenen am Krisentelefon und die Anzahl der Belegung des Kriseninterventionsplatzes beim Ada-Schutzhaus entwickelte sich folgt:

Jahr	Krisentelefon	Kriseninterventionsplatz
2015	151	7
2016	152	1
2017	152	1
2018	155	3
2019	150	3
2020	137	2
2021	131	1
2022	130	1

Das Dunkelfeld ist mit hoher Wahrscheinlichkeit größer.

Eine entsprechende Statistik wird bei der Polizei nicht geführt.

Im Hinblick auf das Thema Kinderehen liegen dem Justizministerium zu den zuvor genannten Maßnahmen keine Datensätze vor.

14. Werden nach Kenntnis der Landesregierung Fälle erfasst, bei denen Familienangehörige sich staatlich angeordneten Maßnahmen zum Schutz der von Zwangs- bzw. Kinderehe bedrohten Minderjährigen widersetzen? Wenn ja, wie viele Fälle gab es in den Jahren 2014 bis 2019 (bitte auch den Verwandtschaftsgrad zum bedrohten Minderjährigen angeben)? Wenn nein, warum wird dies nicht erfasst?

Zum Schutz der von Zwangs- bzw. Kinderehe bedrohten Minderjährigen werden die örtlich zuständigen Jugendämter sowie Familiengerichte tätig (siehe Antwort zu Frage 12). Kinder- und Zwangsehen sind kein Erhebungsmerkmal im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 99 SGB VIII.

15. Welche Maßnahmen wurden zum Schutz der Minderjährigen, deren Ehe aufgehoben worden ist (vgl. Frage 7), durch die zuständigen Behörden wie z. B. durch die Träger der Jugendhilfe ergriffen?

Für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird hierzu auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

Weitere Daten liegen nicht vor.

16. Werden nach Kenntnis der Landesregierung Minderjährige, welche von Zwangsheirat betroffenen sind und durch Jugendämter in Obhut oder anderweitig in Schutz genommen wurden, statistisch erfasst? Wenn ja, wie viele Fälle gab es jeweils in den Jahren 2015 bis Dezember 2022 (bitte aufschlüsseln nach Geschlecht und Alter sowie der Staatsangehörigkeiten)? Wenn nein, warum wird dies nicht erfasst?

Nein, Kinder- oder Zwangsehen sind kein Erhebungsmerkmal im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Kinder- und Jugendhilfestatistik nach § 99 SGB VIII.

17. Was unternimmt das Land Niedersachsen aktuell, um Vielehen und Kinderehen zu erkennen, zu unterbinden und gegebenenfalls zu ahnden, und was plant die Landesregierung zukünftig?

Die Mitwirkung in der „AG Handlungskonzept „Zwangsheirat ächten - Zwangsehen verhindern“, die sich aus staatlichen Akteurinnen und Akteuren und Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen zusammensetzt, wird fortgeführt.

Über die Fortschreibung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Prävention von Kinder- und Zwangsehen sowie zum Schutz betroffener Mädchen und Jungen über das Haushaltsjahr 2023 hinaus kann derzeit keine Aussage getroffen werden.

Im Übrigen wird auf die Antworten zur Fragen 3 und 12 verwiesen.

Die unter der Antwort zu Frage 12 aufgeführten Maßnahmen werden fortgeführt.

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2013	101	Braunschweig,Stadt	1148	987	138	23
2014	101	Braunschweig,Stadt	1190	992	170	28
2015	101	Braunschweig,Stadt	1260	1062	182	16
2016	101	Braunschweig,Stadt	1278	1091	154	33
2017	101	Braunschweig,Stadt	1218	1047	146	25
2018	101	Braunschweig,Stadt	1381	1215	148	18
2019	101	Braunschweig,Stadt	1258	1083	146	29
2020	101	Braunschweig,Stadt	1201	1023	146	32
2021	101	Braunschweig,Stadt	1043	827	162	54
2022	101	Braunschweig,Stadt	1130	959	148	23
2013	102	Salzgitter,Stadt	334	277	46	11
2014	102	Salzgitter,Stadt	385	315	52	18
2015	102	Salzgitter,Stadt	382	308	60	14
2016	102	Salzgitter,Stadt	413	318	70	25
2017	102	Salzgitter,Stadt	422	321	68	33
2018	102	Salzgitter,Stadt	472	359	78	35
2019	102	Salzgitter,Stadt	437	337	76	24
2020	102	Salzgitter,Stadt	372	306	48	18
2021	102	Salzgitter,Stadt	386	304	64	18
2022	102	Salzgitter,Stadt	360	282	54	24
2013	103	Wolfsburg,Stadt	664	532	108	24
2014	103	Wolfsburg,Stadt	706	573	102	31
2015	103	Wolfsburg,Stadt	754	601	124	29
2016	103	Wolfsburg,Stadt	744	591	116	37
2017	103	Wolfsburg,Stadt	689	561	100	28
2018	103	Wolfsburg,Stadt	796	622	138	36
2019	103	Wolfsburg,Stadt	758	608	112	38
2020	103	Wolfsburg,Stadt	651	537	86	28
2021	103	Wolfsburg,Stadt	630	476	114	40
2022	103	Wolfsburg,Stadt	658	532	100	26
2013	151	Gifhorn	698	642	48	8
2014	151	Gifhorn	783	703	64	16
2015	151	Gifhorn	786	699	76	11
2016	151	Gifhorn	780	700	68	12
2017	151	Gifhorn	815	720	82	13
2018	151	Gifhorn	824	729	84	11
2019	151	Gifhorn	806	722	68	16
2020	151	Gifhorn	694	612	62	20
2021	151	Gifhorn	621	546	62	13
2022	151	Gifhorn	759	683	62	14
2013	153	Goslar	732	668	54	10
2014	153	Goslar	699	629	60	10
2015	153	Goslar	798	722	68	8
2016	153	Goslar	799	719	70	10
2017	153	Goslar	778	689	64	25
2018	153	Goslar	931	844	64	23
2019	153	Goslar	781	697	68	16
2020	153	Goslar	751	681	56	14
2021	153	Goslar	681	608	56	17
2022	153	Goslar	790	704	64	22
2013	154	Helmstedt	356	325	28	3
2014	154	Helmstedt	376	335	36	5
2015	154	Helmstedt	421	378	30	13
2016	154	Helmstedt	432	382	38	12

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2017	154	Helmstedt	374	335	30	9
2018	154	Helmstedt	443	399	34	10
2019	154	Helmstedt	415	372	38	5
2020	154	Helmstedt	366	336	26	4
2021	154	Helmstedt	327	291	26	10
2022	154	Helmstedt	382	344	30	8
2013	155	Northeim	624	574	44	6
2014	155	Northeim	673	603	62	8
2015	155	Northeim	718	656	56	6
2016	155	Northeim	711	655	48	8
2017	155	Northeim	673	624	44	5
2018	155	Northeim	709	666	34	9
2019	155	Northeim	752	697	48	7
2020	155	Northeim	693	657	30	6
2021	155	Northeim	610	557	42	11
2022	155	Northeim	655	613	36	6
2013	156	Northeim	0	0	0	0
2014	156	Northeim	0	0	0	0
2015	156	Northeim	0	0	0	0
2016	156	Northeim	296	268	22	6
2017	156	Northeim	0	0	0	0
2018	156	Northeim	0	0	0	0
2019	156	Northeim	0	0	0	0
2020	156	Northeim	0	0	0	0
2021	156	Northeim	0	0	0	0
2022	156	Northeim	0	0	0	0
2013	157	Peine	512	456	48	8
2014	157	Peine	540	480	58	2
2015	157	Peine	524	468	48	8
2016	157	Peine	579	519	48	12
2017	157	Peine	541	481	48	12
2018	157	Peine	639	571	54	14
2019	157	Peine	620	555	58	7
2020	157	Peine	548	492	52	4
2021	157	Peine	493	437	44	12
2022	157	Peine	525	475	38	12
2013	158	Wolfenbüttel	590	530	54	6
2014	158	Wolfenbüttel	564	520	40	4
2015	158	Wolfenbüttel	589	538	46	5
2016	158	Wolfenbüttel	656	593	58	5
2017	158	Wolfenbüttel	628	570	52	6
2018	158	Wolfenbüttel	729	674	48	7
2019	158	Wolfenbüttel	637	584	44	9
2020	158	Wolfenbüttel	634	594	36	4
2021	158	Wolfenbüttel	526	483	30	13
2022	158	Wolfenbüttel	641	600	38	3
2013	159	Göttingen	1311	1165	128	18
2014	159	Göttingen	1373	1226	134	13
2015	159	Göttingen	1398	1251	128	19
2016	159	Göttingen	1152	980	142	30
2017	159	Göttingen	1387	1225	138	24
2018	159	Göttingen	1630	1424	164	42
2019	159	Göttingen	1363	1217	122	24
2020	159	Göttingen	1248	1109	120	19

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2021	159	Göttingen	1263	1117	120	26
2022	159	Göttingen	1424	1252	138	34
2013	1	Braunschweig	6967	6156	694	117
2014	1	Braunschweig	7285	6376	774	135
2015	1	Braunschweig	7624	6683	812	129
2016	1	Braunschweig	7836	6816	830	190
2017	1	Braunschweig	7521	6573	768	180
2018	1	Braunschweig	8546	7503	838	205
2019	1	Braunschweig	7825	6872	778	175
2020	1	Braunschweig	7152	6347	656	149
2021	1	Braunschweig	6576	5646	716	214
2022	1	Braunschweig	7320	6444	704	172
2013	241	Region Hannover	4833	4130	592	111
2014	241	Region Hannover	5034	4279	624	131
2015	241	Region Hannover	5178	4432	614	132
2016	241	Region Hannover	5340	4511	668	161
2017	241	Region Hannover	5302	4503	650	149
2018	241	Region Hannover	5965	5161	646	158
2019	241	Region Hannover	5219	4461	610	148
2020	241	Region Hannover	4559	3968	480	111
2021	241	Region Hannover	4514	3717	654	143
2022	241	Region Hannover	4886	4164	574	148
darunter:						
2013	241001	Hannover, Landeshauptst	2061	1683	318	60
2014	241001	Hannover, Landeshauptst	2068	1677	328	63
2015	241001	Hannover, Landeshauptst	2159	1772	320	67
2016	241001	Hannover, Landeshauptst	2230	1766	376	88
2017	241001	Hannover, Landeshauptst	2077	1658	340	79
2018	241001	Hannover, Landeshauptst	2420	2023	322	75
2019	241001	Hannover, Landeshauptst	1884	1523	288	73
2020	241001	Hannover, Landeshauptst	1732	1425	250	57
2021	241001	Hannover, Landeshauptst	1817	1389	348	80
2022	241001	Hannover, Landeshauptst	1843	1471	292	80
2013	251	Diepholz	924	837	74	13
2014	251	Diepholz	887	814	56	17
2015	251	Diepholz	953	870	66	17
2016	251	Diepholz	1005	900	94	11
2017	251	Diepholz	1087	1003	66	18
2018	251	Diepholz	1098	1007	78	13
2019	251	Diepholz	1048	952	80	16
2020	251	Diepholz	875	800	62	13
2021	251	Diepholz	917	829	74	14
2022	251	Diepholz	1032	939	70	23
2013	252	Hameln-Pyrmont	687	579	94	14
2014	252	Hameln-Pyrmont	668	587	68	13
2015	252	Hameln-Pyrmont	703	632	54	17
2016	252	Hameln-Pyrmont	703	628	64	11
2017	252	Hameln-Pyrmont	747	649	78	20
2018	252	Hameln-Pyrmont	794	705	76	13
2019	252	Hameln-Pyrmont	768	671	82	15
2020	252	Hameln-Pyrmont	687	619	60	8
2021	252	Hameln-Pyrmont	702	622	62	18
2022	252	Hameln-Pyrmont	719	637	64	18
2013	254	Hildesheim	1138	1030	90	18

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2014	254	Hildesheim	1220	1102	102	16
2015	254	Hildesheim	1102	982	100	20
2016	254	Hildesheim	1142	1021	100	21
2017	254	Hildesheim	1205	1072	116	17
2018	254	Hildesheim	1294	1164	102	28
2019	254	Hildesheim	1230	1115	100	15
2020	254	Hildesheim	1207	1097	88	22
2021	254	Hildesheim	1095	975	96	24
2022	254	Hildesheim	1136	1033	84	19
2013	255	Holzminden	298	269	24	5
2014	255	Holzminden	304	284	18	2
2015	255	Holzminden	280	257	22	1
2016	255	Holzminden	258	238	16	4
2017	255	Holzminden	285	250	30	5
2018	255	Holzminden	311	291	.	.
2019	255	Holzminden	273	250	14	9
2020	255	Holzminden	275	244	26	5
2021	255	Holzminden	252	225	22	5
2022	255	Holzminden	298	275	20	3
2013	256	Nienburg (Weser)	541	495	38	8
2014	256	Nienburg (Weser)	517	487	26	4
2015	256	Nienburg (Weser)	507	468	30	9
2016	256	Nienburg (Weser)	535	490	40	5
2017	256	Nienburg (Weser)	531	485	42	4
2018	256	Nienburg (Weser)	556	502	.	.
2019	256	Nienburg (Weser)	539	482	54	3
2020	256	Nienburg (Weser)	553	513	34	6
2021	256	Nienburg (Weser)	496	442	44	10
2022	256	Nienburg (Weser)	552	508	36	8
2013	257	Schaumburg	708	645	48	15
2014	257	Schaumburg	720	664	52	4
2015	257	Schaumburg	746	676	52	18
2016	257	Schaumburg	827	728	88	11
2017	257	Schaumburg	795	717	60	18
2018	257	Schaumburg	888	819	60	9
2019	257	Schaumburg	843	770	56	17
2020	257	Schaumburg	843	760	68	15
2021	257	Schaumburg	779	696	66	17
2022	257	Schaumburg	850	759	74	17
2013	2	Hannover	9127	7985	958	184
2014	2	Hannover	9346	8217	942	187
2015	2	Hannover	9465	8317	934	214
2016	2	Hannover	9808	8516	1068	224
2017	2	Hannover	9950	8679	1040	231
2018	2	Hannover	10900	9649	1022	229
2019	2	Hannover	9916	8701	992	223
2020	2	Hannover	8997	8001	816	180
2021	2	Hannover	8753	7506	1016	231
2022	2	Hannover	9469	8315	918	236
2013	351	Celle	899	801	88	10
2014	351	Celle	944	867	68	9
2015	351	Celle	953	874	72	7
2016	351	Celle	945	859	76	10
2017	351	Celle	1045	961	68	16

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2018	351	Celle	1173	1073	90	10
2019	351	Celle	1110	1019	78	13
2020	351	Celle	1012	930	74	8
2021	351	Celle	929	855	64	10
2022	351	Celle	1049	957	68	24
2013	352	Cuxhaven	1212	1103	96	13
2014	352	Cuxhaven	1277	1180	90	7
2015	352	Cuxhaven	1348	1256	82	10
2016	352	Cuxhaven	1357	1256	88	13
2017	352	Cuxhaven	1458	1340	102	16
2018	352	Cuxhaven	1584	1480	92	12
2019	352	Cuxhaven	1417	1327	82	8
2020	352	Cuxhaven	1361	1282	70	9
2021	352	Cuxhaven	1178	1086	76	16
2022	352	Cuxhaven	1351	1253	84	14
2013	353	Harburg	1148	1003	128	17
2014	353	Harburg	1251	1103	112	36
2015	353	Harburg	1251	1101	134	16
2016	353	Harburg	1304	1159	124	21
2017	353	Harburg	1281	1154	100	27
2018	353	Harburg	1492	1333	132	27
2019	353	Harburg	1363	1207	136	20
2020	353	Harburg	1303	1184	98	21
2021	353	Harburg	1162	1031	108	23
2022	353	Harburg	1300	1169	106	25
2013	354	Lüchow-Dannenberg	212	197	12	3
2014	354	Lüchow-Dannenberg	214	199	10	5
2015	354	Lüchow-Dannenberg	251	236	12	3
2016	354	Lüchow-Dannenberg	233	211	20	2
2017	354	Lüchow-Dannenberg	230	216	12	2
2018	354	Lüchow-Dannenberg	266	243	18	5
2019	354	Lüchow-Dannenberg	209	193	.	.
2020	354	Lüchow-Dannenberg	233	205	.	.
2021	354	Lüchow-Dannenberg	212	194	18	0
2022	354	Lüchow-Dannenberg	230	216	14	0
2013	355	Lüneburg	1055	951	94	10
2014	355	Lüneburg	1123	1014	98	11
2015	355	Lüneburg	1221	1110	98	13
2016	355	Lüneburg	1263	1156	96	11
2017	355	Lüneburg	1315	1190	104	21
2018	355	Lüneburg	1424	1310	104	10
2019	355	Lüneburg	1403	1260	126	17
2020	355	Lüneburg	1315	1216	84	15
2021	355	Lüneburg	1269	1123	120	26
2022	355	Lüneburg	1341	1200	116	25
2013	356	Osterholz	534	495	34	5
2014	356	Osterholz	517	481	30	6
2015	356	Osterholz	589	543	44	2
2016	356	Osterholz	620	573	42	5
2017	356	Osterholz	593	545	46	2
2018	356	Osterholz	715	664	48	3
2019	356	Osterholz	633	587	42	4
2020	356	Osterholz	618	572	36	10
2021	356	Osterholz	566	522	40	4

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2022	356	Osterholz	646	597	46	3
2013	357	Rotenburg (Wümme)	686	622	60	4
2014	357	Rotenburg (Wümme)	727	667	54	6
2015	357	Rotenburg (Wümme)	750	693	52	5
2016	357	Rotenburg (Wümme)	789	718	66	5
2017	357	Rotenburg (Wümme)	786	729	52	5
2018	357	Rotenburg (Wümme)	830	753	64	13
2019	357	Rotenburg (Wümme)	781	723	50	8
2020	357	Rotenburg (Wümme)	797	745	48	4
2021	357	Rotenburg (Wümme)	765	695	60	10
2022	357	Rotenburg (Wümme)	831	765	50	16
2013	358	Heidekreis	593	524	62	7
2014	358	Heidekreis	635	575	52	8
2015	358	Heidekreis	671	612	50	9
2016	358	Heidekreis	727	658	56	13
2017	358	Heidekreis	766	685	66	15
2018	358	Heidekreis	749	680	64	5
2019	358	Heidekreis	758	676	66	16
2020	358	Heidekreis	692	619	58	15
2021	358	Heidekreis	683	609	64	10
2022	358	Heidekreis	698	642	.	.
2013	359	Stade	1083	994	78	11
2014	359	Stade	1118	1000	96	22
2015	359	Stade	1258	1150	90	18
2016	359	Stade	1298	1172	106	20
2017	359	Stade	1437	1292	124	21
2018	359	Stade	1622	1449	140	33
2019	359	Stade	1523	1309	174	40
2020	359	Stade	1471	1304	128	39
2021	359	Stade	1298	1141	100	57
2022	359	Stade	1448	1257	128	63
2013	360	Uelzen	390	365	22	3
2014	360	Uelzen	425	391	32	2
2015	360	Uelzen	377	338	34	5
2016	360	Uelzen	424	395	24	5
2017	360	Uelzen	373	339	28	6
2018	360	Uelzen	433	392	34	7
2019	360	Uelzen	448	407	.	.
2020	360	Uelzen	380	360	.	.
2021	360	Uelzen	362	332	24	6
2022	360	Uelzen	449	405	.	.
2013	361	Verden	640	571	60	9
2014	361	Verden	640	593	42	5
2015	361	Verden	613	561	46	6
2016	361	Verden	607	560	40	7
2017	361	Verden	697	640	50	7
2018	361	Verden	771	718	46	7
2019	361	Verden	702	633	60	9
2020	361	Verden	636	586	46	4
2021	361	Verden	606	543	54	9
2022	361	Verden	700	633	56	11
2013	3	Lüneburg	8446	7626	728	92
2014	3	Lüneburg	8863	8070	676	117
2015	3	Lüneburg	9276	8474	708	94

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2016	3	Lüneburg	9563	8717	734	112
2017	3	Lüneburg	9975	9091	746	138
2018	3	Lüneburg	11053	10095	826	132
2019	3	Lüneburg	10343	9341	860	142
2020	3	Lüneburg	9814	9003	680	131
2021	3	Lüneburg	9026	8131	724	171
2022	3	Lüneburg	10037	9094	750	193
2013	401	Delmenhorst,Stadt	305	254	42	9
2014	401	Delmenhorst,Stadt	317	264	48	5
2015	401	Delmenhorst,Stadt	360	301	46	13
2016	401	Delmenhorst,Stadt	388	315	64	9
2017	401	Delmenhorst,Stadt	375	302	52	21
2018	401	Delmenhorst,Stadt	375	310	48	17
2019	401	Delmenhorst,Stadt	359	287	54	18
2020	401	Delmenhorst,Stadt	322	261	42	19
2021	401	Delmenhorst,Stadt	293	233	36	24
2022	401	Delmenhorst,Stadt	315	266	36	13
2013	402	Emden,Stadt	229	213	14	2
2014	402	Emden,Stadt	233	220	12	1
2015	402	Emden,Stadt	247	226	16	5
2016	402	Emden,Stadt	238	220	16	2
2017	402	Emden,Stadt	224	202	18	4
2018	402	Emden,Stadt	263	243	16	4
2019	402	Emden,Stadt	230	212	.	.
2020	402	Emden,Stadt	226	210	10	6
2021	402	Emden,Stadt	199	189	6	4
2022	402	Emden,Stadt	203	183	16	4
2013	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	840	743	92	5
2014	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	845	747	80	18
2015	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	912	819	84	9
2016	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	916	817	74	25
2017	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	898	785	90	23
2018	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	1065	943	100	22
2019	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	921	822	78	21
2020	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	807	713	78	16
2021	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	771	676	72	23
2022	403	Oldenburg(Oldb),Stadt	836	748	72	16
2013	404	Osnabrück,Stadt	652	550	90	12
2014	404	Osnabrück,Stadt	724	618	88	18
2015	404	Osnabrück,Stadt	697	620	60	17
2016	404	Osnabrück,Stadt	732	610	102	20
2017	404	Osnabrück,Stadt	715	600	88	27
2018	404	Osnabrück,Stadt	860	724	102	34
2019	404	Osnabrück,Stadt	746	631	82	33
2020	404	Osnabrück,Stadt	705	596	80	29
2021	404	Osnabrück,Stadt	680	573	78	29
2022	404	Osnabrück,Stadt	736	614	98	24
2013	405	Wilhelmshaven,Stadt	366	331	30	5
2014	405	Wilhelmshaven,Stadt	366	314	48	4
2015	405	Wilhelmshaven,Stadt	369	331	34	4
2016	405	Wilhelmshaven,Stadt	373	328	42	3
2017	405	Wilhelmshaven,Stadt	380	350	24	6
2018	405	Wilhelmshaven,Stadt	431	374	48	9
2019	405	Wilhelmshaven,Stadt	348	308	.	.

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2020	405	Wilhelmshaven,Stadt	272	249	20	3
2021	405	Wilhelmshaven,Stadt	238	214	18	6
2022	405	Wilhelmshaven,Stadt	251	228	18	5
2013	451	Ammerland	588	552	32	4
2014	451	Ammerland	657	619	34	4
2015	451	Ammerland	662	622	34	6
2016	451	Ammerland	709	675	28	6
2017	451	Ammerland	713	665	40	8
2018	451	Ammerland	802	764	.	.
2019	451	Ammerland	764	703	.	.
2020	451	Ammerland	688	648	.	.
2021	451	Ammerland	634	580	46	8
2022	451	Ammerland	727	687	32	8
2013	452	Aurich	1664	1580	76	8
2014	452	Aurich	1812	1734	72	6
2015	452	Aurich	1807	1735	64	8
2016	452	Aurich	1819	1744	68	7
2017	452	Aurich	1813	1742	62	9
2018	452	Aurich	1943	1874	62	7
2019	452	Aurich	1825	1745	72	8
2020	452	Aurich	1458	1402	48	8
2021	452	Aurich	1322	1263	52	7
2022	452	Aurich	1672	1600	68	4
2013	453	Cloppenburg	717	662	48	7
2014	453	Cloppenburg	737	677	50	10
2015	453	Cloppenburg	772	705	50	17
2016	453	Cloppenburg	778	720	46	12
2017	453	Cloppenburg	810	745	48	17
2018	453	Cloppenburg	822	749	56	17
2019	453	Cloppenburg	790	722	50	18
2020	453	Cloppenburg	733	674	38	21
2021	453	Cloppenburg	765	682	64	19
2022	453	Cloppenburg	801	724	54	23
2013	454	Emsland	1410	1299	88	23
2014	454	Emsland	1476	1353	94	29
2015	454	Emsland	1552	1423	98	31
2016	454	Emsland	1574	1454	90	30
2017	454	Emsland	1602	1467	98	37
2018	454	Emsland	1634	1510	94	30
2019	454	Emsland	1567	1422	120	25
2020	454	Emsland	1441	1331	76	34
2021	454	Emsland	1384	1278	80	26
2022	454	Emsland	1547	1424	94	29
2013	455	Friesland	794	749	40	5
2014	455	Friesland	750	733	16	1
2015	455	Friesland	808	777	30	1
2016	455	Friesland	814	784	24	6
2017	455	Friesland	822	784	34	4
2018	455	Friesland	929	878	46	5
2019	455	Friesland	865	822	34	9
2020	455	Friesland	736	703	30	3
2021	455	Friesland	699	667	.	.
2022	455	Friesland	806	776	.	.
2013	456	Grafschaft Bentheim	645	568	60	17

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2014	456	Grafschaft Bentheim	638	554	66	18
2015	456	Grafschaft Bentheim	689	583	74	32
2016	456	Grafschaft Bentheim	688	591	66	31
2017	456	Grafschaft Bentheim	683	599	66	18
2018	456	Grafschaft Bentheim	784	688	72	24
2019	456	Grafschaft Bentheim	746	653	74	19
2020	456	Grafschaft Bentheim	657	590	.	.
2021	456	Grafschaft Bentheim	645	557	.	.
2022	456	Grafschaft Bentheim	747	656	.	.
2013	457	Leer	946	889	46	11
2014	457	Leer	940	882	50	8
2015	457	Leer	1009	937	62	10
2016	457	Leer	994	941	46	7
2017	457	Leer	1002	938	52	12
2018	457	Leer	1084	1024	50	10
2019	457	Leer	1014	947	52	15
2020	457	Leer	903	829	58	16
2021	457	Leer	917	858	44	15
2022	457	Leer	1001	944	46	11
2013	458	Oldenburg	582	540	36	6
2014	458	Oldenburg	591	543	38	10
2015	458	Oldenburg	622	570	46	6
2016	458	Oldenburg	652	610	34	8
2017	458	Oldenburg	641	598	34	9
2018	458	Oldenburg	737	683	44	10
2019	458	Oldenburg	659	624	30	5
2020	458	Oldenburg	657	623	28	6
2021	458	Oldenburg	608	577	24	7
2022	458	Oldenburg	706	672	30	4
2013	459	Osnabrück	1623	1477	126	20
2014	459	Osnabrück	1650	1499	126	25
2015	459	Osnabrück	1696	1564	110	22
2016	459	Osnabrück	1769	1622	122	25
2017	459	Osnabrück	1779	1616	130	33
2018	459	Osnabrück	1941	1755	150	36
2019	459	Osnabrück	1717	1542	142	33
2020	459	Osnabrück	1690	1538	112	40
2021	459	Osnabrück	1665	1493	140	32
2022	459	Osnabrück	1802	1645	124	33
2013	460	Vechta	615	541	52	22
2014	460	Vechta	651	580	54	17
2015	460	Vechta	704	624	58	22
2016	460	Vechta	671	588	54	29
2017	460	Vechta	703	638	46	19
2018	460	Vechta	729	655	54	20
2019	460	Vechta	736	652	56	28
2020	460	Vechta	613	553	42	18
2021	460	Vechta	659	587	52	20
2022	460	Vechta	730	654	52	24
2013	461	Wesermarsch	363	326	32	5
2014	461	Wesermarsch	364	334	26	4
2015	461	Wesermarsch	409	374	32	3
2016	461	Wesermarsch	405	364	36	5
2017	461	Wesermarsch	436	388	44	4

Eheschließungsstatistik

Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit 2013 bis 2022

Jahr	AGS	Name	Eheschließungen			
			insgesamt	mit zwei deutschen Eheschließenden	mit deutsch/ ausländischen Eheschließenden	mit zwei ausländischen Eheschließenden
2018	461	Wesermarsch	457	412	36	9
2019	461	Wesermarsch	419	375	36	8
2020	461	Wesermarsch	418	391	22	5
2021	461	Wesermarsch	357	330	20	7
2022	461	Wesermarsch	492	442	44	6
2013	462	Wittmund	534	516	16	2
2014	462	Wittmund	560	541	16	3
2015	462	Wittmund	573	553	20	0
2016	462	Wittmund	569	545	20	4
2017	462	Wittmund	566	547	18	1
2018	462	Wittmund	642	618	.	.
2019	462	Wittmund	639	613	22	4
2020	462	Wittmund	513	499	.	.
2021	462	Wittmund	473	447	18	8
2022	462	Wittmund	549	533	16	0
2013	4	Weser-Ems	12867	11790	914	163
2014	4	Weser-Ems	13299	12212	906	181
2015	4	Weser-Ems	13878	12764	908	206
2016	4	Weser-Ems	14079	12928	922	229
2017	4	Weser-Ems	14156	12966	938	252
2018	4	Weser-Ems	15492	14204	1028	260
2019	4	Weser-Ems	14337	13080	998	259
2020	4	Weser-Ems	12831	11810	778	243
2021	4	Weser-Ems	12297	11204	828	265
2022	4	Weser-Ems	13913	12796	888	229
2013		Land Niedersachsen	37405	33557	3292	556
2014		Land Niedersachsen	38793	34875	3298	620
2015		Land Niedersachsen	40241	36238	3360	643
2016		Land Niedersachsen	41284	36977	3552	755
2017		Land Niedersachsen	41602	37309	3492	801
2018		Land Niedersachsen	45991	41451	3714	826
2019		Land Niedersachsen	42419	37994	3626	799
2020		Land Niedersachsen	38792	35161	2928	703
2021		Land Niedersachsen	36650	32487	3282	881
2022		Land Niedersachsen	40735	36649	3256	830

© Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) 2023. Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.